

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau, Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank: Bad Schandau 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 80 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg., Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Lageszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Nähnain, Mitteldorf, Ostau, Potzdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtendorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischbären, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Joh. Walter Hiele
Verantwortlich: K. Rohlfapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Pettizeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg., Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 35

Bad Schandau, Freitag, den 11. Februar 1927

71. Jahrg.

Die deutsch-polnische Spannung

Kabinettsberatung über die deutsch-polnischen Schwierigkeiten.

Verbot deutscher Zeitungen in Ostoberschlesien.
Der zwischen Deutschland und Polen bestehende Konflikt tritt nunmehr in ein akutes Stadium. Am Freitag wird sich die Reichsregierung mit der Frage beschäftigen, ob angesichts der dauernden Ausweisungen aus Polen, die noch immer anhalten, es überhaupt einen Zweck hat, über die Frage des Niederlassungsrechts weiter zu verhandeln. Wenn nicht noch im letzten Augenblick Polen seine Taktik gegenüber Deutschland ändert und vor allem die von Deutschland verlangte Aufenthaltsgenehmigung für die vier ausgewiesenen deutschen Beamten aus Ostoberschlesien verlängert, wird sowohl in Berlin als auch in Warschau den zuständigen polnischen Stellen die Zwecklosigkeit weiterer Verhandlungen mitgeteilt werden.

In Berliner politischen Kreisen berührt es eigenartig, daß die Polen ihre unverständlichen Ausweisungsdokrete erst erlassen haben, nachdem die Verhandlungen über die deutschen Ostbesetzungen zum Abschluß gekommen waren. Mit welchem schlechtesten Gewissen Polen der jetzt eingetretenen Lage gegenübersteht, kann man daraus erkennen, daß die drei deutschen Zeitungen Ostoberschlesiens, die „Kattowitzer Zeitung“, der „Oberschlesische Kurier“ und „Der Volkswille“ auf Anordnung der Polizeidirektion Kattowitz verboten worden sind, da diese drei Blätter über den Stand der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen berichtet haben, wobei in Übereinstimmung mit den in Deutschland erscheinenden Zeitungen darauf hingewiesen wurde, daß die Ausweisung Deutscher aus Ostoberschlesien die deutsch-polnischen Verhandlungen ungünstig beeinflussen könnten.

Die polnische Regierung will durch ein längeres amtliches Komminiqué namentlich im Auslande den Eindruck erwecken, daß dem Vorgehen der deutschen Regierung eine besondere politische Tendenz zugrunde liege. In diesem Komminiqué behauptet sie, daß den ausgewiesenen deutschen Beamten nur eine befristete Aufenthaltserlaubnis zugestanden worden sei und daß die deutsche Reichsregierung auch bei der Rückkehr der polnischen Arbeiter aus Deutschland die gleichen Grundsätze wie die polnische Regierung befolgt. Demgegenüber wird von deutscher offizieller Seite festgestellt, daß die Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis der deutschen Beamten sachungswidrig durchgeführt worden sei und daß der Vergleich mit den Wanderarbeitern, denen im Prinzip die Möglichkeit der Wiederreise nach Deutschland offensteht, völlig abwegig sei.

Sollten die deutsch-polnischen Verhandlungen jetzt wieder abgebrochen werden, so würde gegenüber dem jetzigen Zustand kein neuer Fall eintreten, da der Konflikt zwischen beiden Ländern an sich schon besteht und dann eben weitergehen würde.

Keine Zurücknahme der Deutschen-Ausweisungen aus Ostoberschlesien.

Warschau, 11. Februar. Auf Befragen eines Pressevertreters, ob die Ausweisung der deutschen Ingenieure aus Ostoberschlesien rückgängig gemacht werde, erklärte Außenminister Jaleski, daß dies nicht der Fall sei, da zu einer Aufhebung des Ausweisungsbefehls jede gesetzliche Grundlage fehle (?). Außerdem habe Polen eigene Arbeitslose genug und schließlich seien die Ausgewiesenen keine Oberschlesier, sondern Reichsdeutsche.

Der Aufstand in Portugal niedergeschlagen

Wie Reuters aus Lissabon meldet, haben sich die Aufständischen, die das Marinearsenal und das Zentralpostamt besetzt hatten, nach einer heftigen Beschießung ergeben. Im ganzen Lande soll Ruhe herrschen. Die Aufstandsbewegung hat zahlreiche Todesopfer gefordert. Auch die Zahl der Verwundeten ist groß und der Sachschaden sehr erheblich.

Wie nachträglich bekannt wird, sind allein in Oporto bei dem Bombardement 100 Personen ums Leben gekommen, während etwa 300 Personen verletzt wurden. In der Stadt herrscht jetzt nach einer bei der englischen Admiralität eingegangenen Mitteilung des englischen Konsuls in Oporto völlige Ruhe. König Manuel sprach in London sein Bedauern über das Blutvergießen aus und erklärte, er habe keine Absicht, England zu verlassen.

Die Warschauer Presse

zum Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Warschau, 11. Februar. Die hiesige Presse schiebt in ihren Kommentaren zu dem plötzlichen Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen die ganze Schuld auf die neue deutsche Regierung. Der offiziöse Messenger Polonais erklärt, daß es zu keinem Bruch gekommen wäre, wenn die deutschen Nationalisten nicht die Mehrheit in der Regierung hätten. Es handele sich hier nicht um die 4 Ingenieure, sondern um den offensichtlichen Wunsch der deutschen Rechten nach einem Bruch mit Polen. Die Boulevard-Presse bezeichnet die Haltung Deutschlands in diesem Streit als politische Phantasterei. Die polnische Regierung hoffe jedoch, die Handelsvertragsverhandlungen wieder fortsetzen zu können und der polnische Delegierte Bronzynski habe Anweisung erhalten, sich auf jeden Fall zur Rückreise nach Berlin bereit zu halten.

Protest gegen die Deutschen-Ausweisungen aus Ostoberschlesien.

Berlin, 10. Februar. Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier und der Deutsche Ostbund haben dem Reichskanzler folgendes Schreiben überreicht:

„Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier erheben in Verbindung mit dem Deutschen Ostbund in größter Empörung scharfen Einspruch gegen die jetzt wieder einsetzende Verfolgung und Ausweisung Deutscher aus Polen und gegen die klandestine brutale Vergewaltigung der deutschen Minderheit in Polen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Sie erbitten dringend sofortige Gegenmaßnahmen zum Schutze der Deutschen und ihrer kulturellen Einrichtungen in Polen. Es darf nicht vergessen werden, daß bereits rund eine Million Deutscher aus Polen vertrieben sind und in grenzenloser Not im verkleinerten Deutschland ihr Dasein fristen. Die freie Tätigkeit auch der Reichsdeutschen in Polen muß gesichert sein, so lange das Polenium in Deutschland sich frei betätigen darf. Ohne Niederlassungsrecht und ohne Bezugs auf Liquidationen darf kein Handelsvertrag mit Polen geschlossen werden.“

Die Reichsregierung klagt in der Chorzowangelegenheit.

Schadenersatzleistung von 75 Millionen Goldmark.
Beim Ständigen Internationalen Gerichtshof in Haag ist eine neue Klage der deutschen Regierung gegen die polnische Regierung eingegangen. Diese Klage beruht auf der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes vom 25. Mai 1926 in der Angelegenheit der Stickstoffwerke von Chorzow. Da in dieser Entscheidung seinerzeit ausgesprochen worden war, daß die Haltung der polnischen Regierung gegenüber den Eigentümern der Fabriken von Chorzow im Widerspruch mit den Bestimmungen der Genfer Konvention stehe, und da ferner die von Deutschland eingeleiteten diplomatischen Verhandlungen mit Polen infolge der ablehnenden Haltung der polnischen Regierung zu keinem Ergebnis geführt haben, erucht nunmehr die deutsche Regierung in ihrer neuen Klageschrift den Internationalen Gerichtshof, eine Entscheidung zu erlassen, daß die polnische Regierung den betroffenen deutschen Unternehmungen (den Aktiengesellschaften Oberschlesische Stickstoffwerke und Bayerische Stickstoffwerke) Schadenersatzleistungen bezahlen soll, deren Gesamthöhe etwa 75 Millionen Goldmark betragen müsse.

London, 10. Februar. Nach einer Meldung der British United Press aus Lissabon bestätigt es sich, daß die Aufständischen sich gestern abend bedingungslos ergeben haben. Die Regierung hat die Meutereien im ganzen Lande unterdrückt.

Ueber die Kämpfe in Lissabon werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Die Revolution, die am Montag mittag in der Hauptstadt ausbrach, wurde von der Marine, einem Teil der republikanischen Garde, der Polizei und einem großen Teil der Zivilbevölkerung unterstützt. Die Aufständischen nahmen Besitz von dem Marinearsenal und dem sehr nahe gelegenen Hauptpostamt, wodurch die Entsendung von Nachrichten nach dem Auslande unmöglich wurde. Im Anschluß hieran setzte eine intensive Beschließung seitens der Regierungstruppen ein, die ungefähr 4 Stunden andauerte. Dabei wurde eine große Anzahl von Personen, meist Nichtkämpfer, getötet bzw. verwundet.

Für eilige Leser.

* Außenminister Briand hat am Donnerstag abend erneut den deutschen Botschafter v. Hoersch empfangen. Er hat sich mit ihm nach der an zuständiger französischer Stelle erteilten Auskunft über die eventuelle Verlängerung des provisorischen Handelsabkommens zwischen Frankreich und Deutschland unterhalten.

* Im Verlaufe der gestrigen Debatte im Unterhause gab Chamberlain eine eingehende Erklärung über die Stellungnahme der britischen Regierung zu den Ereignissen in China ab. Er stellte fest, daß die Botschaften in Santsau jetzt einen Punkt erreicht hätten, in dem ein Übereinkommen zwischen der Kantonal- und der englischen Regierung erreicht worden sei.

* Wie aus Oslo gemeldet wird, ging gestern bei Oberhalla in Westnorwegen die Minenprengung zur Durchtunnelung eines Berges verfrüht los. 8 Arbeiter wurden von den Gesteinsmassen verschüttet. Nur 4 konnten lebend geborgen werden.

Die Lage in Portugal.

Paris. Nach Meldungen, die das „Journal“ über Madrid erhalten hat, besagen Nachrichten von der portugiesischen Grenze, daß zwischen Braga und Porto die Kämpfe zwischen den Anhängern der Revolutionäre und den Regierungstruppen andauern. Die Eisenbahner im Süden und Südosten sollen sich der Streikbewegung, die die Eisenbahner des Nordens und des Ostens ausgerufen hatten, angeschlossen haben.

Dr. Stresemanns Aufenthalt in San Remo.

Rom, 10. Februar. Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der wie bekannt, gestern in San Remo eingetroffen ist, empfing heute den Besuch des Präsektkommisars, der der gleichfalls in San Remo weilenden Gattin des Ministers ein Blumenarrangement überreichte. Dieser Besuch wurde im Auftrage des Reichsaußenministers von dem hiesigen Botschafter Freiherrn v. Neurath erwidert. Freiherr v. Neurath, mit dem Dr. Stresemann zwei länger Konferenzen hatte, wird heute in Rom wieder erwartet.

Einem Vertreter des Popolo d'Italia erklärte Dr. Stresemann, daß er während seines Erholungsurlaubs ausschließlich seiner Gesundheit leben wolle. Der Minister verneinte auf das Bestimmteste die Absicht, mit fremden Staatsmännern politische Rücksprachen nehmen zu wollen. Er hoffe, bis zum Beginn der Genfer Tagung in San Remo bleiben zu können.

Demission des Präsidenten von Chile?

Santiago de Chile. Hier ist das Gerücht in Umlauf, daß der Präsident von Chile demissionieren oder Urlaub nehmen wird, um die Regierungsgeschäfte dem mit der Bildung der neuen Regierung betrauten Obersten Ibáñez zu überlassen, der von der Armee unterstützt wird. Ibáñez erklärte in einem der Presse übermittelten Komminiqué, der Einfluß von Moskau in Chile müsse durch eine Reorganisation der Regierung und das Heranziehen neuer Männer gebrochen werden.

Reichsinnenminister Reudell bleibt.

Was Reichskanzler Marx sagen wird.
Reichskanzler Dr. Marx wird am Freitag, wie in Aussicht genommen war, das Ergebnis seines Attentatsstudiums über den Reichsinnenminister Dr. von Reudell im Reichstag bekanntgeben. Die Erklärung wird im wesentlichen darauf hinauslaufen, daß für ihn und für die Regierungsparteien keine Veranlassung vorliegt, daß Herr von Reudell den Posten des Reichsinnenministers niederlegt. Er wird hierbei ferner betonen, daß auch die preussische Staatsregierung Herrn von Reudell nach dem Kapp-putsch als Regierungsrat nach Arnswalde berufen wollte. In politischen Kreisen nimmt man an, daß der Reichskanzler auch darauf hinweisen wird, daß Herr von Reudell vor dem Reichskabinet die unzweideutige Erklärung abgegeben habe, daß er den Eid auf die Reichsverfassung geleistet habe und aus dieser Eidesleistung die entsprechenden Konsequenzen ziehen, das heißt, die Reichsverfassung schützen werde.

Die Erklärung des Reichskanzlers soll vor dem Eintritt in die Tagesordnung erfolgen, so daß eine Debatte nach der bestehenden Geschäftsordnung nicht stattfinden kann, es sei denn, daß der Reichstag eine Eröffnung der Aussprache beschließen würde, was aber sehr zweifelhaft erscheint. Die Verantwortung der kommunistischen Interpellation über die Beziehungen zwischen dem Reichsinnenminister von Reudell und dem Sportverband „Olympia“ dürfte vom Kanzler noch nicht vorgenommen werden, vielmehr soll diese Interpellation bis zur Staatsberatung des Reichsministeriums des Innern zurückgestellt werden.